

Podiumsdiskussion

Über Mindestlohn wird lebhaft gestritten

Bundestagskandidaten stellen sich Fragen der Bürger

[Torsten Wewer](#)

Brake Die Festsetzung eines Mindestlohns war das beherrschende Thema der Podiumsdiskussion mit den Bundestagskandidaten für den Wahlkreis 28 (Wesermarsch, Delmenhorst, Oldenburg-Land) am Dienstagabend im Pfarrheim der katholischen [Kirchengemeinde](#). Die drei Kandidatinnen und zwei Kandidaten stellten aber auch ihre wirtschafts- und bildungspolitischen Ziele vor. Eingeladen hatte die Kolpingsfamilie Brake. Rund 50 Zuhörer diskutierten zweieinhalb Stunden teilweise lebhaft mit.

[Astrid Grotelüschen](#) (CDU) und [Angelika Brunkhorst](#) (FDP) sprachen sich gegen einen vom Staat festgesetzten Lohn aus. Das sollten die Tarifparteien – Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter – tun, die würden die Notwendigkeiten der einzelnen Branchen am besten kennen. Mit Blick auf Leiharbeit und Werksverträge sagte Grotelüschen, dass Auswüchse bekämpft werden müssen. „Aber dazu muss man nicht das ganze System in Frage stellen“.

Für die stärkere Kontrolle von „schwarzen Schafen“ sprach sich auch Angelika Brunkhorst aus. Mit Blick auf eine zunehmende Zahl von Arbeitnehmern, die von ihrem Gehalt nicht mehr leben können, räumte sie ein, dass „wir möglicherweise den Wert von Arbeit neu bewerten müssen“.

Klar für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sprachen sich [Susanne Mittag](#) (SPD), [Dragos Pancescu](#) (Bündnis 90/Die Grünen) und [Thomas Bartsch](#) (Die Linke) aus. Die Gemeinschaft dürfe nicht die Gewinne von Unternehmen finanzieren, sagte Pancescu. Susanne Mittag ergänzte, dass viele Unternehmen aus der Tarifbindung ausgestiegen seien. „Dann muss die Politik eingreifen“, sagte sie. Während Pancescu und Mittag für einen Mindestlohn von 8,50 Euro plädierten, forderte Thomas Bartsch einen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro. „Arbeit hat eine Würde. Das müssen wir in den Mittelpunkt stellen“, sagte Bartsch.

Übereinstimmend betonten die Kandidaten, wie wichtig Familien- und Bildungspolitik ist, um Chancen von Anfang an zu bieten und spätere Altersarmut zu verhindern. Zudem müsse die Politik auf veränderte Familienformen reagieren.

Die Weservertiefung und den Bau der A 20 hielten Pancescu und Bartsch für überflüssig, während sich Brunkhorst und Grotelüschen dafür aussprachen. Bei der Weservertiefung ginge es nur noch um Verfahrensmängel, sagte Mittag. Die Finanzierung der A 20 hingegen sei ungesichert.